



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Deutsch-Oestreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, Mitte Januar.

Die nächsten Tage sollen uns darüber Entscheidung bringen, welche der beiden Parteien, in welche unser Bürgerministerium sich gespalten hat, als Siegerin aus dem Kampf der Memoranden hervorgeht. — Man wird auch bei Ihnen wissen, daß der Sieg sich auf die Seite der Majorität neigt und daß dem in seinem Sinne ausfallenden Votum des Reichsraths die kaiserliche Entschleßung parallel laufen wird. Auf die Gefahr hin, von den Ereignissen überholt zu werden, unternehme ich es, Ihnen die beiden feindlichen Programme in ihren Umrissen und ihrer Tragweite zu skizziren.

Beide Parteien im Ministerium, Majorität und Minorität sehen ein, daß die jetzige Reichsvertretung einer anderen Platz machen muß. Sowohl die Landtagswahlordnungen wie das Gesetz über die Wahl der Reichsrathsabgeordneten durch die Landtage und aus denselben, waren erdnen um Minoritäten das Uebergewicht zu verleihen, Minoritäten im Sinne der Nationalität und Minoritäten unter den Steuerzahlern. Die Zurückgesetzten oder Ausgeschlossenen laufen gegen dieses System Sturm, außerdem hat sich der Mißstand ergeben, daß nur Männer, welche aus der Politik ein Geschäft (im guten oder schlimmen Verstande) machen oder in Wien Anfässige die Wahl in den Reichsrath annehmen können. Wer daheim ein Geschäft hat, und nicht sein Votum verkaufen will, kann unmöglich ein Vierteljahr im Landtage und ein Halbjahr im Reichsrathe sitzen. Also eine Reichsrath aus directen Wahlen, unabhängig von den Landtagen. Bekanntlich wurde diese Frage den Landtagen vorgelegt und es erfolgten beinahe ebenso viele verschiedene Antworten als es Landtage gibt. Nun ist die Absicht der Majorität des Ministeriums (Giskra, Herbst, Hasner, Brestel, Plener), das neue Wahlgesetz durch den Reichsrath decretiren zu lassen. Die Minorität (Taaffe, Graf Potocki und Berger) erklärte dagegen, diese Wahlreform für ungenügend, die beabsichtigte Art der Einführung derselben für ungesundlich. Sie wollten nicht nur die Minderbegüterten in den deutschen Ländern sondern auch die grollenden Slaven herangezogen

\*) Während des Drucks dieser Blätter haben die Zeitungen die Nachricht von der Beendigung der Wiener Krisis und dem Siege der Majorität des cisleithanischen Ministeriums gebracht. Wenn wir nichtsdestoweniger das vorliegende, vor der Entscheidung eingegangene Schreiben unseres Wiener Correspondenten zum Abdruck bringen, so geschieht es, weil dasselbe die Schwierigkeiten, welche der Durchführung des Giskra'schen Programms noch gegenwärtig entgegenstehen, mit großer Schärfe zeichnet und im Uebrigen wesentlich den Standpunkt bezeichnet, den wir zu der österreichischen Verfassungsfrage einnehmen und von dem aus die in Wien beliebte Lösung als vergeblicher Versuch erscheint, unhaltbar gewordene Verhältnisse weiter zu fristen.

D. Red.

wissen. Zu dem Zwecke sollten Landtage und Reichsrath aufgelöst, die Neuwahlen aber ausdrücklich behufs der Verfassungsrevision ausgeschrieben werden.

Unserer Meinung nach kann keinen Augenblick zweifelhaft sein, auf welcher Seite das Recht und der politische Verstand zu finden seien. Das ganze Verfassungswesen in Oestreich beruht auf dem Diplom vom 20. October 1860, in dessen erstem Paragraphen es heißt: „Das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben wird von Uns und Unsern Nachfolgern nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Reichsraths, ausgeübt werden, zu welchem die Landtage die von Uns festgesetzte Zahl Mitglieder zu entsenden haben.“ Die Verfassung vom 26. Februar 1861 wiederholte die entscheidenden Worte dieses Satzes ausdrücklich und verkündete das Grundgesetz über die Reichsvertretung und die Landesordnungen als die Ausführungsgesetze zum Diplom. Die Verfassung vom 21. December 1867 endlich nennt sich wieder „Gesetz, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird“, zählt in §. 11 die Befugnisse des Reichsraths auf und sagt im folgenden, daß alle hier nicht ausdrücklich dem Reichsrathe vorbehaltenen Gegenstände der Gesetzgebung in den Wirkungskreis der Landtage gehören und in und mit diesem verfassungsmäßig erledigt werden sollen; nur wenn „ein Landtag beschließen sollte, daß ein ihm überlassener Gegenstand der Gesetzgebung im Reichsrath behandelt und erledigt werde, so übergeht (Reichsraths-Deutsch!) ein solcher Gegenstand für diesen Fall und rücksichtlich des betreffenden Landtags in den Wirkungskreis des Reichsraths.“ Daß die Verfassungsgesetze von 1861 und 1867 dem Octoberdiplom in Form von Emendationen Zwang anthun, ist unleugbar und von der staatsrechtlichen Opposition stets hervorgehoben worden, welche zum Theil hiermit ihren passiven Widerstand begründet. Aber formell wurde immer die Rechtsbeständigkeit des Diploms anerkannt, und die angezogenen Paragraphen der neuesten Verfassung geben nicht den mindesten Vorwand dafür, durch den Reichsrath den Landtagen ein Grundrecht aberkennen zu lassen. Als die Frage der directen Wahlen zuerst auf das Tapet kam, war es die Regierung selbst, welche dieses Verhältniß geltend machte; darauf hin erklärte der niederösterreichische Landtag, freiwillig auf sein Wahlrecht verzichten zu wollen, doch wurde ihm erwidert, daß nicht ein Kronland durch directe Wahlen den im Uebrigen aus Landtagswahlen hervorgegangenen Reichsrath beschicken könne. Das Sonderbarste bei der Sache ist nun, daß dieselbe Partei, welche in verfassungswidrigem Wege die Wahlreform durchsetzen will, das Feldgeschrei erhebt: Aufrechthaltung der Verfassung!

Ungeschickt ist dieses Manöver freilich nicht. Die große Menge gibt sich

ja nie und nirgend (oder wäre es bloß bei uns so?) die Mühe, die Gesetze oder sonstigen Actenstücke, um welche es sich handelt, selbst nachzulesen, selbst zu prüfen. Das Schlagwort „verfassungstreu“ ist ein sehr beliebtes, ein Gegner der Verfassung, dieser bestimmten nämlich, ist der „öffentlichen Meinung“ gleichbedeutend mit einem Feinde verfassungsmäßiger Freiheit überhaupt, und wenn nun, wie mit großer Besessenheit geschieht, der andern Partei insinuirt wird, sie beabsichtige Deutsch-Oestreich den Czechen, den Feudalen, den Ultramontanen preiszugeben, so ist der liberale Bourgeois von einer Entrüstung erfüllt, welche keine Grenzen kennt. Man sollte endlich daran gewöhnt sein und doch traut man immer wieder seinen Sinnen nicht, wenn man beobachtet, wie sonst gebildete und verständige Menschen sich in der Politik von der leeren Phrase imponirend und leiten lassen. Im Augenblicke stehen die Dinge so, daß das Programm der Minorität des Ministeriums einen wahren Sturm in den deutschen Provinzen hervorrufen würde, einen viel größeren als 1865 die Maßregeln Belcredi's, schon darum, weil gegenwärtig die Presse große Freiheit genießt und das Clubwesen in ziemlicher Blüthe steht. An die verfassungslose belcredi'sche Zeit wird denn auch wohlweislich oft erinnert. Und doch existirt eine fundamentale Verschiedenheit zwischen der Politik Belcredi's und dem Taaffe-Berger-Potockischen Programme (soweit dasselbe veröffentlicht ist), mag das Ziel beider auch so ziemlich das gleiche sein. Daß Belcredi's Idee nicht schlechtthin verwerflich war, zeigt sich immer deutlicher. Da der Plan einer völligen legislativen und administrativen Centralisation gescheitert war, wollte er zwei Gruppen schaffen, zwischen welchen, soweit es eben durchzuführen wäre, eine Realunion hergestellt und innerhalb deren den einzelnen Ländern ein hoher Grad von Autonomie gewährt werden sollte. Magyaren und Deutsche opponirten diesem Plane einstimmig, weil beide befürchteten, dabei um ihre Führerschaft zu kommen; Kraft aber erhielt ihr Widerstand nur dadurch, daß Belcredi sein Werk mit der Sistirung der Verfassung begann und in Folge dessen nur reactionäre Mitarbeiter und Bundesgenossen fand. Gegenwärtig fällt es Niemand ein, die Verfassung beseitigen, umgehen oder auf anderem als gesetzlichem Wege abändern zu wollen. Nur weil es eine baare Unmöglichkeit ist, in die jetzige Reichsversammlung solche Vertreter der Slaven zu bringen, welche von diesen letzteren anerkannt werden, nur darum denkt man an einen Reichsrath ad hoc.

Die rechtliche Seite des Conflicts scheint uns ganz klar. Und unter dem Gesichtspunkte der politischen Raison gewinnen wir kein anderes Bild der Sache. Jetzt erklären die Czechen sich für die Unbedrückten, die ungehört Gerichteten, und mögen sie noch so unbeliebt sein, mögen ihre Klagen noch so viel Uebertreibung enthalten: das gegenwärtige Verhältniß bleibt für den Fall irgend einer Complication im Osten des Reiches ein höchst gefährliches.

Es gilt um jeden Preis, sie aus der jetzigen Position insoweit herauszutreiben, daß ihrer Isolirung der Vorwand genommen wird. Kommt man ihnen entgegen, bietet man ihnen Gelegenheit, ihre Forderungen bestimmt zu formuliren und diese gleichberechtigt mit den Vertretern der anderen Nationalitäten zu discutiren, und sie verharren auch dann auf ihrem Non possumus, so kann und wird kein Mensch von fünf gesunden Sinnen in ganz Europa sich fürder auf ihre Seite stellen. Diese Eventualität ist aber in Wahrheit nicht zu erwarten. Die Tschechen wollen zu Oestreich gehören, das haben sie oft genug bewiesen; die Wallfahrt nach Moskau war ein Schachzug, ernstlich denken wenigstens die Vernünftigen im Lande nicht daran, sich Rußland in die Arme zu werfen, weil sie wohl wissen, daß die Umarmung sie erdrücken würde. Fischhof hat eben so treffend als geistvoll den Unterschied in dem Verhältniß Galiziens auf der einen und Böhmens auf der anderen Seite zu Oestreich hervorgehoben. Die Polen träumen stets von der Wiederherstellung ihres Reichs, und je nachdem die Chancen dieser Idee zu stehen scheinen, sind sie verträglich oder unverträglich, gesammtstaatlich oder separatistisch, und im besondern wird ihre Haltung natürlich durch den größeren oder geringeren Grad von Wahrscheinlichkeit für eine polenfreundliche Action Oestreichs regulirt. Mit ihnen aber kokettirt jede Regierung, während die Tschechen ausgehungert werden sollen und statt dessen endlich in Wahrheit den Feinden Oestreichs werden zugeführt werden. Mit einem unglaublichen Leichtfinn redet man sich die möglichen Gefahren der Lage weg: „England hat die parlamentarische Centralisation auch mit der größten Rücksichtslosigkeit durchgeführt!“ Ein schöner Grund. Erstens ist doch sehr fraglich, ob England ebenso vorgegangen sein würde, wenn hinter Irland eine stammverwandte eroberungslustige Macht gestanden wäre. Und angenommen, Oestreich, das heutige Oestreich wäre in der Verfassung, sich auf einen ähnlichen Kampf im Innern einlassen zu können — wer will denn mit ruhigem Blute jenes Beispiel zur Nachahmung empfehlen? Wer anrathen, Böhmen zu einem zweiten Irland zu machen, so lange noch irgend ein anderer Weg offen ist?

Daß aus dem Wirrsal endlich wieder ein Triumph der feudal-ultramontanen Partei werden könnte, ist sicher; aber wenn es geschehen sollte, so hätten die jetzigen Machthaber und deren parlamentarische und journalistische Freunde die Verantwortung zu tragen. Jene Elemente sind in Ungarn unschädlich gemacht worden durch die Verständigung der Regierung mit den ungarischen Liberalen; ebenso wären die böhmischen Junker und Pfaffen in dem Augenblick geschlagen, in welchem die Bürgerparteien der Deutschen und Tschechen unter sich Frieden schloße. So lange der nationale Gegensatz das Feldgeschrei bleibt, bilden die Tschechen den Deutschen gegenüber eine Partei, soweit die einzelnen Fractionen in ihren politischen und religiösen Zielen von einander

abweichen mögen. Die Feudalen und Ultramontanen sind aber viel klüger als die Liberalen: so oft die letzteren Schiffbruch erleiden, sind jene bereit, ohne Ansehen der Nationalität das Hest in die Hände zu nehmen und die Schneide gegen den dritten Stand zu wenden — ebenfalls ohne Ansehen der Nationalität und früherer Waffenbrüderschaft. Zur Macht zu gelangen hat für sie auch geringere Schwierigkeit. Das östreichische Kaiserhaus ist nun einmal streng kirchlich-katholisch gesinnt, und Staatsmänner, welche in den gleichen Anschauungen leben und sich von Jugend auf die bei Hofe herrschenden Umgangsformen zu eigen gemacht haben, sind willkommener als solche, denen der Ruf der Ungläubigkeit und revolutionärer Neigungen vorausgeht und die überdies häufig etwas von plebejischen Manieren mitbringen. Wie man sich darüber täuschen kann ist unbegreiflich, am unbegreiflichsten, daß man die Abneigung der höchsten Kreise noch muthwillig reizt. Der Proceß gegen den Bischof von Linz wäre vielleicht besser ganz unterblieben, doch da er einmal anhängig gemacht war, mußte er freilich zu Ende geführt werden; aber die Begnadigung, noch bevor das Urtheil Rechtskraft erlangt hatte, zeigte den Regierenden hinreichend, mit welchen Augen die Procedur angesehen wurde; die Pöbelhaftigkeiten in Wort und Bild, welche sogenannte Witzblätter sich gegen alles Clericale herausnehmen, müssen leider als die Wasserzweige am Baum der freien Presse mit hingenommen werden. Hingegen gibt es gar keine Entschuldigung für den Einsall eines großen Blattes, die Kaiserin in beleidigendem Tone darüber zur Rechenschaft zu ziehen, daß sie ihre Schwester in Rom besucht und dem Papst ihre Huldi- gung darbringt. Dergleichen würde gewissenhaft gedruckt werden, wenn es in dem letzten Winkelblatte gestanden hätte; nun das notorisch intime Organ der Majorität im Ministerium sich den schlechten Spaß erlaubte, mit dem üblichen Sensationsartikel kurz vor Ablauf des Quartals sich an die Person der Kaiserin zu wagen, wird ganz natürlich eben jene Majorität des Ministeriums dafür verantwortlich gemacht, so wenig wir die Majorität derselben Majorität einer solchen Tactlosigkeit fähig glauben. Es gibt kein altes Weib, welches nicht den Demokraten von 1848 vorzurechnen wüßte, wie viel Schaden der guten Sache der Freiheit dadurch zugesügt wurde, daß man das Militär von vornherein als deren Feind behandelte und absichtlich reizte; in diesem einen Punkte scheint man auch klüger geworden zu sein. Dafür wird gegen die katholische Geistlichkeit und den kirchlich gesinnten Adel in einer Weise geschrieben, als ob Wille und Macht vorhanden wären, beide abzuschaffen, während einsichtige und wahrhaft verfassungsfreundliche Politiker ihr Augenmerk darauf richten sollten, jene Elemente mit der neuen Ordnung der Dinge zu befreunden, zur activen Theilnahme am constitutionellen Leben zu veranlassen. Wohl ist die Witterung reactionären Tendenzen nicht

günstig, aber auch der Wechsel im politischen Wetter ist unberechenbar und wir dürfen uns überzeugt halten, daß alle Fehler und Unflugheiten des liberalen Regiments sorgfältig registriert und alles dazu geschrieben wird, was gegenwärtig Duldung findet: die Ausschreitungen der Schmutzpresse, die auf den sogenannten Volksbühnen in Permanenz erklärte Niederlichkeit, die Kadotagen jugendlicher Clubbredner u. s. w. Welch' eine Bereicherung dieses Arsenal's, wenn demselben Schriftstücke beigelegt werden können, die allerdings Versuchen, die Gemahlin des Monarchen zu terrorisiren, einigermaßen ähnlich sehen! Und kann man sich nur einen Augenblick lang dem Wahne hingeben, daß mit solchen Standreden irgend etwas Nützliches zu erreichen sei?

Es ist schon das zweitemal, daß das Verhalten der Kaiserin von derselben Seite öffentlich kritisiert wird. Zuerst war es der Partei der Neuen Presse nicht recht, daß die Kaiserin mit Vorliebe in Ungarn weilt: das sei eine Zurücksetzung der Deutschen. Damals hagelte es derbe Zurechtweisungen welche für die hohe Frau, die nicht Regentin ist, das Recht reclamirten da zu leben, wo es ihr gefalle. Die zweite Attaque war insofern geschickter, als diesseit und jenseit der Leitha die Abneigung gegen Rom allgemein und groß genug ist, um das Unpassende und Unpolitische einer derartigen Polemik übersehen zu lassen. Aber ein Malheur passirte dem Blatt wieder: in dem Augenblicke, als es spitzig erklärte, das Familienereigniß, welches den Vorwand für die römische Reise hergeben müsse, sei ja erst in Monaten zu erwarten, war die Königin von Neapel bereits eines Kindes genesen. Das Blatt des Ministeriums und so schlecht unterrichtet! Noch viel compromittirender freilich sind diese Manifestationen der Angst vor Einflüssen, denen die am Ruder stehende Partei sich nicht gewachsen fühlt, seien es ungarische oder römische. Der Minister des Innern soll dieser Tage im Adreßauschusse die sehr bezeichnende Klage geführt haben, daß eine Partei im Cabinet „die Fühlung“ mit den höchsten Kreisen verloren habe . . . Die journalistischen Kraftproben ihrer guten Freunde werden diese Fühlung schwerlich wiederherstellen.

Dabei ist unleugbar das gute Einvernehmen zwischen der Kaiserin und der diesseitigen Bevölkerung so ziemlich geschwunden. Aber sollte in den Redaktionsbureaus der großen Wiener Blätter nicht bekannt sein, was man übrigens im ganzen Lande sich erzählt? Hochgeborene Damen, welche ein Interesse daran haben, die Welt glauben zu machen, daß Tugend überhaupt nur „ein Begriff“ sei, sollen der Kaiserin eine Schwäche angedichtet haben, welche sie den Erzählerinnen näher bringen würde; ungarischerseits hätte man nicht verfehlt die Gerüchte an die rechte oder unrechte Adresse zu leiten, und daher datire ein entschiedener Widerwille der Kaiserin gegen die deutsche Umgebung, von welcher sie eine so schwere Kränkung erfahren. In Pest erkennt

man die Bevorzugung sehr lebhaft an, äußert das mit nationaler Lebhaftigkeit, enthuſiasmirt ſich leicht für die ſchöne Frau und virtuose Reiterin — was iſt natürlicher, als daß die Klüft auf der einen Seite immer weiter, der Zug nach der anderen Seite immer ſtärker wird. Und das meinen die klugen Leute durch Necken und Nörgeln ändern zu können.

Um zu der Frage des „Ausgleichs“ zurückzukehren: der Reichsrath ſcheint entſchloſſen, dieſe Frage nicht an ſich herankommen zu laſſen. Graf Spiegel, ein Mann, welcher auch im vorigen Jahre bei Beſprechung der Beziehungen Oeſtreichs zu Preußen verſtändige Anſchauungen geltend machte, hatte einen Adreſſentwurf eingebracht, welcher in der mildeſten Weiſe und bei voller Wahrung der Verfaſſungstreue die Nothwendigkeit mit den Czechen auf einen anderen Fuß zu kommen betonte; dieſen Entwurf beſeitigte der Ausſchuß ſofort und Herren- und Abgeordnetenhaus werden nun aller Wahrſcheinlichkeit nach Adreſſen erlaſſen, welche umſtändlich auseinanderſetzen, daß die Verfaſſung zu Recht beſtehe, allen Nationalitäten gleiche Freiheit gewähre u. ſ. w. Damit beruhigten die Herrn ſich auch immer, ſo lange es ſich noch darum handelte, der Verfaſſung Anerkennung in Ungarn zu erwirken. Und wieder werden die Ultraczechen höhnen: wir wollen gar keine Zugewändniſſe von der Wiener Regierung, je länger ſie ſich ſperrt, deſto mehr haben wir zu erreichen Ausſicht. Und ſie werden wohl Recht behalten!

---

### Mecklenburgiſche Landtags-Correſpondenz.

D. Sternberg, 12. Januar.

Von Tag zu Tag und von Woche zu Woche und endlich von Monat zu Monat zögerte ich, Ihnen über die Thätigkeit unſeres ſeit dem 10. November v. J. verſammelten Landtags zu berichten, immer in der Hoffnung, die Verhandlungen deſſelben über die auf der Tagesordnung obenanſtehende Steuerreform würden endlich zu irgend einem Reſultat führen. Heute endlich kann ich Ihnen ein ſolches Reſultat melden. Zwei Monate lang haben die Stände beider Mecklenburg mit den Regierungen und unter einander hin und her verhandelt über die ſchon im vorigen Winter zu Malchin fruchtlos erörterte Frage der Reviſion des ordentlichen und außerordentlichen Contributionſmodus, ohne daß ſie dem Ziele auch nur um einen Schritt näher